

Grüne wollen es wissen

Palmer: „Wirtschaftlichkeitsberechnung zu Stuttgart 21 unverzüglich vorlegen“

„Finanzierung von Stuttgart 21 nicht zu Lasten der Landesteile außerhalb Region Stuttgart“

Nachdem Ministerpräsident Günter Oettinger auf der jüngsten Pressekonferenz der Landesregierung auf Nachfrage erklärte, Stuttgart 21 sei auf einem guten Weg und die Wirtschaftlichkeitsberechnungen nicht Gegenwind sondern Rückenwind bedeuteten, verlangen die Grünen im Landtag nun, die offensichtlich fertig gestellten Wirtschaftlichkeitsberechnungen unverzüglich dem Landtag vorzulegen. „Das Projekt soll schließlich, wenn es denn realisiert werden sollte, zu einem erheblichen Anteil aus Landesmitteln finanziert werden. Dem soll Herr Oettinger Rechnung tragen, und die Wirtschaftlichkeitsberechnungen, die nun mal wesentliche Entscheidungsgrundlagen für Stuttgart 21 darstellen den Landtagsabgeordneten nicht länger vorenthalten“, forderte der verkehrspolitische Sprecher der Landtagsgrünen Boris Palmer.

Palmer verwies darauf, dass das Projekt immer noch mit erheblichen Unklarheiten im Kostenbereich versehen sei: „Da geht’s nicht nur um die faktischen Kosten, die deutlich höher ausfallen werden, sondern zum Beispiel auch um die finanzielle Belastungen durch eingeplante aber bisher nicht erzielte Grundstückserlöse oder um zusätzliche Abstell- und

Wartungskapazitäten, die Stuttgart 21 nach sich ziehen würde. Auch ist in keiner Weise klar, ob und, wenn ja, in welcher Höhe Finanzmittel von der EU zu erwarten sind. Ein Projekt, bei dessen Finanzierung an mindestens zehn Punkten dreistellige Millionenbeträge unklar sind, kann von einer seriösen Politik nicht entscheidungsreif erklärt werden.

In einem parlamentarischen Antrag verlangen die Grünen nun, dem Landtag die aktuellen Wirtschaftlichkeitsberechnungen vollständig zur Verfügung zu stellen und den Parlamentariern einer Übersicht der erwartenden finanziellen Gesamtbelastung des Haushalts durch die Projekte Stuttgart 21 und Neubaustrecke Stuttgart-Ulm vorzulegen. Palmer: „Der Landtag muss informiert sein und die Entscheidung über eine weitergehende finanzielle Beteiligung des Landes an Stuttgart 21 an sich ziehen, bevor die Landesregierung über heute schon bestehende Verpflichtungen hinausgehende Zusagen macht.“

Palmer forderte die Landesregierung auf, dem Landtag einen Finanzierungsplan für den vom Land zu bestellenden Mehrverkehr unter Berücksichtigung der Kürzung der Regionalisierungsmittel vorzulegen und sicher zu stellen, dass nach der Kürzung der Regionalisierungsmittel Verkehrsangebote in den Landesteilen außerhalb der Region Stuttgart nicht eingestellt werden müssen, um die Finanzierung von Stuttgart 21 zu ermöglichen. Palmer: „Die Gefahr, dass die Landesteile außerhalb der Stuttgarter Region die Dummen sind, wenn Stuttgart 21 realisiert wird, ist leider sehr realistisch. Dem muss vorgebeugt werden. Eine Selbstverpflichtung durch den Landtag, dass die Finanzierung von Stuttgart 21 nicht zu Lasten der anderen Landesteile verwirklicht wird, wäre da eine große Hilfe.“